



Gasselstiege 13, 48159 Münster
Tel: (02 51) 21 20 50
Fax: (02 51) 2 00 66 13
E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net
www.senioren-online.net/lsv-nrw

Januar 2004

STELLUNGNAHME DER LANDESSENIORENVERTRETUNG NRW e. V. ZU DEN BELASTUNGEN DER ÄLTEREN GENERATION

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz enthält umfängliche und einseitige Lastenverschiebungen, von denen Kranke und chronisch Kranke besonders nachhaltig betroffen sind. Entsprechend führen die beschlossenen Maßnahmen auch zu außerordentlichen Belastungen von Rentnerinnen und Rentnern.

Diese werden - neben einer bereits beschlossenen Nullrunde - bei der Rentenerhöhung in 2004 durch Mehrbelastungen in allen Leistungsbereichen der gesetzlichen Krankenversicherung betroffen.

- 1) Die Anwendung der Zuzahlungspflicht sowie die Leistungsausschlüsse (insbesondere bei frei verkäuflichen Arzneimitteln, Fahrtkosten, Brillen und Sterbegeld) führen vor allem bei Rentnern mit niedrigem Einkommen zu unbilligen Härten.
- 2) Für Einkünfte aus Betriebsrenten, betrieblichen Lebensversicherungen und aus selbständigen Tätigkeiten ist künftig der volle Krankenversicherungsbeitragssatz fällig. Dabei wird übersehen, dass die pflichtversicherten Rentner bereits heute einen Beitragssatz zu zahlen haben, der im Vergleich zu krankenversicherten Arbeitnehmern wegen eines fehlenden Anspruches auf Krankengeld überhöht ist! Rentnerinnen und Rentner können keinen Anspruch auf Krankengeld realisieren. Die geplanten Änderungen beim Beitragssatz der Krankenversicherungen führen zu ungerechtfertigten und erheblichen Mehrbelastungen der Ruhestandler, die zudem vom 1. April 2004 an auch den vollen Pflegeversicherungsbeitrag von 1,7 Prozent entrichten müssen.

- 3) Vom Januar 2005 an müssen Rentner, die Mitglieder der GKV sind, eine Zusatzversicherung für den Zahnersatz abschließen.
- 4) Durch die Absenkung der Leistungen für die Pflegestufe I und II in der stationären Betreuung kommen auf alte Menschen erhebliche Mehrkosten zu.
- 5) Heimbewohner in NRW müssen zudem seit dem 1. August 2003 bis zu einem Selbstbehalt von 10.000 EUR einen nicht unerheblichen Beitrag zu den Investitionskosten entrichten. Investitionsbeiträge von monatlich mehreren Hundert Euro sind zu erwarten. Die in den letzten Tagen bekannt gewordene Absicht der Bundesregierung, über die bisherige Inanspruchnahme von Familienangehörigen hinaus auch das Vermögen von Töchtern und Schwiegersöhnen einzubeziehen, wird zerstörerisch auf Familienbindungen wirken. Man wird sich überlegen, welche Schwiegereltern man "anheiraten" will oder dieses Risiko noch besser vermeidet (Eine beispielhafte Förderung der Familie!).
- 6) Die bereits beschlossene Nullrunde bei der Rentenerhöhung führt zu einer Entwicklung der Renten, bei der viele schnell an die Grenze der Armut gedrängt werden.

Wie es gegenwärtig aussieht, verdeutlicht nachfolgende Statistik:

Nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung erhalten in Westdeutschland von je 1000 Rentnerinnen und 1000 Rentnern Ende 2001 eine monatliche Altersrente von:

Renten über	1200 € = 351 Rentner und 23 Rentnerinnen,	Gesamt = 374
Renten von	600 - 1200 € = 427 Rentner und 285 Rentnerinnen,	Gesamt = 712
Renten von	150 - 600 € = 161 Rentner und 535 Rentnerinnen,	Gesamt = 696
Renten unter	150 € = 59 Rentner und 159 Rentnerinnen,	Gesamt = 218

Anders ausgedrückt:

Von 2000 Rentnerinnen und Rentnern haben

374 eine Rente über	1.200 €
712 eine Rente unter	1.200 €
696 eine Rente unter	600 €
218 eine Rente unter	150 €

Bei einem Regelsatz nach dem Grundsicherungsgesetz von 336,95 € für den Einpersonenhaushalt und 613,95 € für den Zweipersonenhaushalt plus Grundmiete, Nebenkosten und Heizung werden die letzten drei Gruppen von Rentenbezieher/-innen in die Grundsicherung abgleiten, von 2000 also mehr als die Hälfte. Diese Statistik macht darüber hinaus sehr schnell deutlich, wo der Schwerpunkt der Rentengrößen liegt und wie stark die Lebenssituation der Betroffenen durch Absenkung der Renten negativ verändert wird. Sie zeigt aber auch noch einmal die besondere Rentensituation der Frauen auf.

(Quelle: Globus, Wiedergabe VDR).

Diese einseitigen Lastenverschiebungen erfolgen in einem Umfeld bereits vollzogener oder angekündigter milliardenschwerer Kürzungen von öffentlichen und sozialen Leistungen durch Kommunen, Länder und Bund, wodurch die ältere Generation ebenfalls in einem nicht unerheblichen Maße betroffen ist.

Ansprechpartnerin: Dr. Uta Renn, Telefon (02 21) 8 90 17 11

Ansprechpartner: Egon Backes, Telefon (0 22 97) 14 83